Absender: Annette Klemmüller, [REDACTED]

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 15.05.2023

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens einsetzt.

Folgende Gründe sprechen für meinen Antrag:

Der Ratsbeschluss für den Ausbau der L419 fußt auf Voraussetzungen, die nach aktuellem Stand deutlich negative Auswirkungen für Ronsdorf und die Stadt Wuppertal haben.

Anstelle einer Verkehrsentlastung für Ronsdorf – die laut Straßen.NRW ein Ziel des Ausbaus ist – wird es mehr innerörtlichen Verkehr geben. Der überörtliche Kraftverkehr wird hier über alle anderen Verkehrsteilnehmenden (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger:innen, langsam fahrende Fahrzeuge) gestellt, die dadurch klar benachteiligt werden. Dies widerspricht aktuellen Gesetzen wie z. B. NRWs Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG) und auch dem derzeitigen politischen sowie gesellschaftlichen Willen. Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Klemmüller